

Die notwendige Selbsttransformation des liberalen Skripts

1. Einleitung

Die Beiträge zu diesem Sonderheft legen den Schluss nahe, dass die Anfechtungen und Krisen des liberalen Skripts überwiegend auf endogene Ursachen zurückzuführen sind. Zum einen hängen viele Probleme mit den Spannungen und Widersprüchen innerhalb des liberalen Skripts zusammen, die sich angesichts ändernder Rahmenbedingungen verschärft haben. Im Zuge der Digitalisierung und Globalisierung haben sich neue Ungleichheiten in den reichen Demokratien ausgebildet, die parlamentarische Demokratie wurde geschwächt und vielerorts wird ein kultureller *backlash* beobachtet. Zum anderen führte der Wegfall der Systemkonkurrenz zu einer Verschiebung der Bewertungsmaßstäbe. Ein »Liberalism of Fear«¹ reicht angesichts der schwindenden Erinnerung an totalitäre Strukturen immer weniger zur Rechtfertigung der liberalen Ordnung. Die Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit hat daher die Krise befeuert.

Die Beiträge zu diesem Band machen auch deutlich, dass keine reisefähigen Alternativen zum liberalen Skript in Sicht sind. Allen in diesem Band präsentierten alternativen Skripten mangelt es an globaler Attraktivität. Die Analyse der Rechten in Russland zeigt, wie Bluhm und Varga herausarbeiten, dass der russische Staatskonservatismus ideologisch tief in russischem Denken verankert ist und jenseits russischer Grenzen keine Anziehungskraft entfaltet. Auch die islamischen und islamistischen Alternativen in der MENA-Region (Krämer in diesem Band) zeigen, dass es zwar ausformulierte alternative Skripte gibt, ihre Attraktivität aber stark kontextgebunden ist. Interessanterweise erweist sich dabei die Zurückweisung des Ideals individueller Autonomie und Freiheit, insbesondere wenn es um sexuelle und religiöse Selbstbestimmung geht, als ein bedeutsamer Grund, weswegen solche Alternativen in anderen Gesellschaften wenig attraktiv sind.

Im Falle Chinas wird zwar inzwischen ein Überlegenheitsanspruch vernehmbar, wonach das eigene Modell eine höhere Effektivität bei der Bekämpfung von Pandemien und Umweltproblemen, v.a. aber bei der Bekämpfung von Armut und der Organisation von Wachstum aufweist. Es kann auch kaum bestritten werden, dass die chinesischen Entwicklungserfolge insbesondere in Afrika auf Bewunderung stoßen. Und selbst die EU-Kommissionspräsidentin spricht inzwischen mit Blick auf China von einer »Systemkonkurrenz«.² Dennoch bleibt die Attraktivität des Modells beschränkt. Es stellt kein Skript zur Organisation einer Gesellschaft dar, was in seiner Gänze in andere Regionen diffundiert. Nicht zuletzt wegen

1 Shklar 1989.

2 Siehe <https://www.dw.com/de/decoding-china-eu-china-gipfel-vor-gro%C3%9Fen-hinden/a-67592712> (Zugriff vom 18.06.2024).

seiner umfassenden staatlichen Kontrolle ist China auch kein Land, welches aufgrund seiner sozialen Ordnung und seiner Lebensbedingungen das Ziel von Einwanderungswünschen vieler Menschen ist. Insofern hat allein das liberale Skript einen globalen Anspruch und eine Attraktivität, die unabhängig von spezifischen Kontexten fortbestehen. Als universelles Modell ist das liberale Skript trotz aller Kontestation zwar deutlich geschwächt, aber bis dato konkurrenzlos.

Dieser doppelte Befund – eine zunehmende Infragestellung des liberalen Skripts bei gleichzeitiger Alternativlosigkeit – legt die Idee einer Transformation des liberalen Skripts nahe. Rahel Jaeggi fordert dementsprechend in ihrem Beitrag, den Liberalismus »angesichts seiner Defizite über sich hinaus zu treiben, im (erneuten) Versuch also seiner emanzipativen Überschreitung und Transformation«. Aber ist eine solche Transformation überhaupt möglich? Sprechen die vielen Anfechtungen und Krisen, mit denen sich das liberale Skript konfrontiert sieht, nicht für einen viel tieferliegenden Schaden, der eine »reformistische« Perspektive obsolet erscheinen lässt? Wenn interne Spannungen und gebrochene Versprechen – also endogen verursachte Entwicklungen – die wichtigsten Gründe für die Proliferation von Krisendiskursen und Anfechtungen des liberalen Skripts darstellen, dann stellt sich nämlich unmittelbar die Frage, ob das liberale Skript nicht strukturell krisenbehaftet ist. Der Liberalismus ist dann, nochmals in den Worten von Rahel Jaeggi, nicht Teil der Lösung, sondern *Teil des Problems*. Dann bliebe nur die Ersetzung des liberalen Skripts, um die Krisen zu überwinden.

Eine Transformation des liberalen Skripts ergibt also nur dann Sinn, wenn die Überwindung zentraler Problemlagen möglich und diese nicht dem liberalen Skript *strukturell* eingeschrieben sind, wie es die Rede von den endogen verursachten Problemen zunächst nahelegt. Dieser abschließende Beitrag wendet sich gegen eine solche Vermutung struktureller Unausweichlichkeit und versucht den Raum für eine Selbsttransformation abzustecken. Wir beginnen in einem ersten allgemeinen Schritt (Abschnitt zwei), indem wir zunächst zwei Typen von Endogenität unterscheiden: eine starke, gleichsam strukturell verankerte Endogenität der Krisenursachen und eine schwache, durch Akteure überwindbare Endogenität.

Vor diesem Hintergrund bündeln wir in Abschnitt drei die konstatierten Schwächen und Probleme des liberalen Skripts, die in diesem Band diskutiert worden sind, in vier Krisendiskursen. Für jede der hinter diesen Diskursen liegenden Problemlagen stellt sich dann spezifisch die Frage, inwiefern sie dem liberalen Skript strukturell eingeschrieben sind und nur durch dessen Ersetzung überwunden werden können. Nur wenn die analysierten Probleme und Fehlentwicklungen innerhalb des liberalen Skripts behoben werden können, ist die Selbsttransformation ein gangbarer Weg.

Anknüpfend daran schließen wir das Sonderheft mit dem Konzept der liberalen Selbsttransformation. Eine solche Selbsttransformation weist zwei Merkmale auf. Zum einen geht es um eine Weiterentwicklung des liberalen Skripts, so dass die normativen Errungenschaften in das Neue mit aufgenommen werden. Die Selbsttransformation schließt also Bewegungen aus, die hinter das liberale Skript zurückfallen. Eine Selbsttransformation erfordert zudem, dass der Prozess der Transformation liberalen Vorzeichen und demokratischen Methoden folgt. Nicht

nur muss das neue Ergebnis den Anspruch auf Freiheit, Gleichheit, Demokratie und Toleranz bewahren, es muss auch auf eine mit diesen Werten vereinbare Weise erreicht werden. Das Autoritäre darf nicht den Prozess des Wandels prägen und partikuläre Lebensformen und -welten dürfen dabei nicht andere dominieren. Die Selbsttransformation zielt darauf ab, die besonders offensichtlichen und kontestationsträchtigen Schwächen des liberalen Skriptes durch eine Neugewichtung und Umformulierung von Kernsätzen des Skriptes zu erreichen. Das unterscheidet sich sowohl von bloß kosmetischen Korrekturen der Politikergebnisse als auch von der Suche nach einem alternativen Skript, das liberale Prinzipien ignorieren kann.³

2. Zwei Logiken der Endogenität

Während exogene Erklärungen auf äußere Kräfte verweisen, die zu einer *Erosion oder Zerstörung* des untersuchten Gegenstands führen, konzentrieren sich endogene Erklärungen auf Entwicklungen, die vom untersuchten Gegenstand selbst ausgelöst oder verursacht werden. Ein exogener Grund für die zunehmende Infragestellung des liberalen Skripts könnte in der Bereitstellung von anderen, attraktiveren Skripten liegen. So sprechen manche angesichts chinesischer Erfolge von einem konfuzianischen Skript, das besser geeignet sei, die Probleme unserer Zeit zu bewältigen.⁴ Die Zunahme von Anfechtungen kann auch mit Machtverschiebungen zugunsten der Gegnerinnen des liberalen Skripts zusammenhängen. So sprechen insbesondere Machttheoretiker in den Internationalen Beziehungen von einer *power transformation* als Ursache für die Infragestellung der liberalen Hegemonie.⁵

Eine endogene Erklärung befasst sich hingegen mit dem Phänomen selbst, das Dynamiken des Zerfalls oder Zusammenbruchs, der Krisen und Kontestationen ausgesetzt ist.⁶ Die Beiträge in diesem Band zeigen in der Summe, dass die wachsenden Anfechtungen des liberalen Skripts überwiegend auf endogene Ursa-

3 So eng hat Francis Fukuyama 30 Jahre nach dem »Ende der Geschichte« den Möglichkeitsraum abgesteckt. In Kapitel vier diskutiert er einerseits Positionen, die sich von einer Kritik der liberalen Praxis hin zu einer Kritik der dem liberalen Skript zugrunde liegenden Prinzipien wenden. Dabei identifiziert er Herbert Marcuses »Der eindimensionale Mensch« als den Ursprung einer Argumentation, wonach »liberale Gesellschaften in Wirklichkeit nicht liberal <seien> und weder die Gleichheit noch die Selbstbestimmtheit <schützen>.« (Fukuyama 2022, S. 91). Stattdessen würde der Liberalismus die Menschen einlullen und die wahren Herrschaftsverhältnisse zudecken. In Kapitel 10 entwickelt Fukuyama dann ein Verteidigungsprogramm, das primär aus dem leidenschaftlichen Einsatz für liberale Prinzipien bei gleichzeitiger Korrektur einiger fehlgeleiteten Praktiken besteht.

4 Vgl. etwa Zhao 2020.

5 Vgl. z.B. Schweller 2011. Vgl. auch die Beiträge in Stephen und Zürn 2019. Freilich kann auch der Aufstieg neuer Mächte als Folge einer liberalen Weltwirtschaftsordnung gesehen werden.

6 Zur Gegenüberstellung der Begriffe Erosion und Zerfall vgl. Gerschewski 2021.

chen zurückzuführen sind. Sowohl die im liberalen Skript angelegten internen Spannungen als auch die *broken promises*, die im Zuge der Entwicklungen seit 1990 zugenommen haben, müssen als endogen eingestuft werden. Wenn aber die Probleme des liberalen Skripts endogen verursacht sind, ist dann nicht eine Überwindung des liberalen Skripts notwendig, um die Probleme auszuräumen? Dieser naheliegende Einwand gegen die Vorstellung einer Selbsttransformation des liberalen Skripts macht es notwendig, innerhalb der Gruppe der endogen verursachten Probleme und Krisen zwischen einer strukturdeterministischen und einer akteursorientierten Variante zu unterscheiden.⁷

Die klassische Krisentheorie folgt meist einer strukturdeterministischen Version der Endogenität. Die Architektur dieser Krisenerklärungen ist in der sozialwissenschaftlichen Literatur stilprägend. Die marxistische Krisentheorie aufgrund der sinkenden Profitrate kommt diesem Typ der Erklärung wohl am nächsten. Nach Jon Elster⁸ sollte eine angemessene marxistische Erklärung der kapitalistischen Krisen liberaler Ordnungen in dem Sinne systemimmanent und irreversibel sein, dass sie einer politischen Regulierung innerhalb des kapitalistischen Systems nicht zugänglich ist. Das Grundargument des Gesetzes der fallenden Profitrate ist, dass das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital sich zu Ungunsten der ersteren verändert, wenn Kapitalisten immer mehr in Maschinen und andere Kapitalgüter investieren, um die Produktivität zu steigern. Da aber nur die Arbeit die Quelle des Mehrwerts (Profits) sei, führt dies im Laufe der Zeit zu einem Rückgang der Profitrate. Das Streben nach höherer Produktivität ist dem Wettbewerb systemimmanent. Die Politik kann den Kapitalismus nicht reformieren, um diese Dynamik zu verhindern, und auch die Kapitalisten können das Profitstreben nicht vermeiden, wenn sie nicht aufhören, Kapitalisten zu sein. In der Marxschen Theorie führt die sinkende Profitrate zwingend zu einer Krise, die nur durch eine Revolution und eine andere Produktionsweise überwunden werden kann.

Interessanterweise folgen auch konservative Krisentheorien liberaler Ordnungen der strukturdeterministischen Tendenz des Marxschen Denkens. Nach Daniel Bell⁹ sind liberale Ordnungen nicht in der Lage, die Herausforderungen der Moderne angemessen zu bewältigen, weil sie zu sehr auf Individualismus und Konsum ausgerichtet sind und damit die Bedeutung von Gemeinschaft und Tradition vernachlässigen. Dieser Schwerpunkt führt zu einem Verfall traditioneller Institutionen und Werte, die liberalen Ordnungen zugrunde liegen. Der deutsche Staatsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde hat diese Argumentationsfigur mit seinem berühmten Diktum auf den Punkt gebracht: »Der liberale, säkulare Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.«¹⁰ Das bedeutet, dass der freiheitlich-demokratische Staat auf bestimmte gemeinschaftliche Werte und Prinzipien angewiesen ist, die er nicht schaffen oder garantieren kann, und

7 Vgl. zum folgenden Zürn 2024.

8 Elster 1985, S. 15.

9 Bell 1976.

10 Böckenförde 1991, S. 112.

– zusätzlich zum Böckenförde-Diktum – zwingend im Laufe der Zeit aufbraucht. Auch hier ist der Zerfall der liberalen Ordnung strukturell eingeschrieben.

Aber nicht alle endogenen Erklärungen bauen auf eine solche strukturdeterministische Logik. Wenn interne Spannungen zu Anfechtungen des liberalen Skripts führen, dann bleibt Raum für gegensteuernde Akteurshandlungen. So gehören interne Spannungen konstitutiv zum liberalen Skript, weswegen ihre völlig einseitige Auflösung aus dem liberalen Skript herausfällt. Wenn Märkte zugunsten einer völlig gleichmäßigen Verteilung von Gütern abgeschafft werden, fällt das ebenso aus dem liberalen Skript heraus, wie radikal libertäre Vorstellungen, in denen die individuelle Freiheit des Starken alle anderen Anliegen übertrumpft. Wie Mark Hallerberg (in diesem Band) zeigt, gab es im liberalen Skript historisch höchst unterschiedliche Bestimmungen der richtigen Beziehung zwischen Staat und Markt. Solche inneren Spannungen sind etwas anderes als der mechanistische Gegensatz von sich zwei bekämpfenden Prinzipien im Rahmen eines Nullsummenspiels. Spannungen beschreiben eine Beziehung zwischen zwei oder mehreren Gütern, die nicht in einem Nullsummenverhältnis stehen. Sie konkurrieren miteinander, können sich aber auch ausbalancieren. Spannungen können gesellschaftlich produktiv sein, da sie die Schaffung neuer Gleichgewichte ermöglichen, die beide Komponenten gleichzeitig verbessern. Sie beziehen sich also auf Spiele mit variabler Summe.

Eine auf Spannungen beruhende endogene Erklärung entwickelt eine kausale Sequenz von Effekten und sieht die Möglichkeit vor, an verschiedenen Punkten der Sequenz einzugreifen. Es kommt dann nicht nur auf die Kontestation, sondern auch auf die Reaktion von sozialen Akteuren mit Handlungsspielräumen an. Die reaktive Abfolge von Ordnung, Anfechtung und Anpassung kann dementsprechend als permanenter und unabschließbarer Ordnungsprozess beschrieben werden,¹¹ wobei dessen normative Anerkennung eine Besonderheit des liberalen Skripts ist. Es internalisiert seine Kontestation und die Möglichkeit der Weiterentwicklung.

Der Beitrag von Daniel Drewski und Jürgen Gerhards (in diesem Band) thematisiert ein solches Spannungsverhältnis: das zwischen dem individuellen Recht auf Schutz vor Verfolgung und Krieg und dem kollektiven Selbstbestimmungsrecht von Gesellschaften. Die Autoren machen in ihrer Analyse gleichzeitig deutlich, dass diese Spannung keine strukturdeterministische Wirkung entfaltet. Im Gegenteil: Im konkreten Fall sind es kulturelle oder geopolitische Deutungsmuster von Entscheidungsträgern, die die Position zur Aufnahme Geflüchteter bestimmen und nicht die innere Logik der beschriebenen Spannung. Sie kommen daher zu dem überraschenden Befund, dass autoritäre Regime bisweilen eine offenere Flüchtlingspolitik betreiben als Regierungen liberaler Demokratien.

Auch Kontestationen, die durch *broken promises* und *hypocrisy* hervorgerufen werden, folgen im Allgemeinen keiner strukturdeterministischen Logik und lassen Raum für *agency* und *choice*. Von gebrochenen Versprechen sprechen wir, wenn die Schere von Anspruch und Handlung auseinanderklafft. Sie kann gewollt, aber

11 Wiener 2014.

auch ungewollt entstehen. Wenn die Schere intendiert ist, dann sprechen wir von Heuchelei, also der Kunst, eine Sache zu sagen, aber eine andere zu tun. Heuchelei ist eine spezielle Form der gebrochenen Versprechen. Heuchlerische Akteure sind bis zu einem gewissen Grad durch die Normen, die sie öffentlich predigen, gefangen.¹² Dennoch untergräbt Heuchelei das Vertrauen in soziale Institutionen, erzeugt eine Doppelmoral und trägt zu Zynismus und Desillusionierung bei. Daher kann es nur wenig überraschen, dass eine durch ein Übermaß an Heuchelei geprägte Ordnung Anfechtungen provoziert. Heuchelei verweist aber auf Handlungsspielräume, sie ist nicht strukturell vorgegeben (sonst wäre es keine Heuchelei). Ähnliches gilt für gebrochene Versprechen.

Die Beiträge in diesem Band, die das liberale Skript in ehemaligen Kolonialgebieten betrachten, verweisen besonders deutlich auf solche gebrochenen Versprechen und Heucheleien. Marianne Braig (in diesem Band) argumentiert mit Blick auf die Rezeption des liberalen Skripts in Lateinamerika, dass das liberale Skript dort das politische Denken mitgeformt und wie im Rahmen der Haitischen Revolution zur Forderung nach Abschaffung der Sklaverei und nach kollektiver Selbstbestimmung geführt hat. Im Ergebnis wirken aber die kolonialen Ungleichheitsbeziehungen nach und führen zu scheinbar liberalen Ordnungen mit hochgradig defizitären Praktiken. Sie erscheinen dann als *broken promise*.

Andreas Eckert rückt die »Hypokrisie« in das Zentrum seiner Analyse. Gerade die Rechtfertigung der Inhumanität und der Mangel an jeglicher Zivilität durch die liberale »Zivilitätsmission« erwies sich als besonders entwürdigend, wie der kongolesische Ministerpräsident Patrice Lumumba bei der Unabhängigkeitsfeier in Anwesenheit der belgischen Kolonialherren deutlich machte. Die Missachtung der Zivilität im Namen der Zivilisation macht das systemische Unrecht der Kolonialherrschaft heuchlerisch. Genau vor diesem Hintergrund nutzten afrikanische Bewegungen liberale Prinzipien als Ressource und klagten das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht auf Freiheit und Gleichheit und letztlich auf kollektive Selbstbestimmung ohne doppelten Boden ein. Und dennoch bleiben diese Prinzipien gleichzeitig mit dem Blut der Kolonialherrschaft behaftet, nicht zuletzt, weil die Kolonialherren lange Zeit die Aufarbeitung der Heuchelei und der kolonialen Verbrechen verweigerten.

Stefan Gosepath macht in seinem Beitrag (in diesem Band) deutlich, dass die Versprechen der Meritokratie und Chancengleichheit gleichfalls als gebrochen gelesen werden können. Denn die Vergütungen und die Machtverteilung in liberalen Gesellschaften könnten unmöglich proportional auf den individuellen Verdienst zurückgeführt werden. Gleichzeitig fordert er die stärkere Nutzung institutioneller und sektoral bestimmter Leistungskriterien, die durchaus mit dem liberalen Skript kompatibel sind. Auch hier zeigt sich, dass das Defizit im Rahmen des liberalen Skripts abgebaut werden kann.

12 Darin sieht Jon Elster (2000) die zivilisierende Kraft der Heuchelei, der zufolge selbst Heuchlerinnen in der Öffentlichkeit dazu veranlasst werden können, prinzipiengerecht und nicht heuchlerisch zu agieren.

Innere Spannungen, gebrochene Versprechen und Heucheleien sind und waren immer Teil liberaler Ordnungen. Sie sind Teil der liberalen Ordnungen im Sinne der These einer schwachen Endogenität. Wenn die angefochtenen Spannungsverhältnisse, gebrochenen Versprechen und Heucheleien im Rahmen des liberalen Skripts überwindbar sind, dann kommen die jeweiligen Machthaber einer bestimmten Ordnung und auch diejenigen, die diese anfechten, ins Spiel — also soziale Akteure.

Allgemein gesprochen verlagern schwach endogene Erklärungen den Schwerpunkt auf institutionelle Reformen und die dafür notwendigen Handlungen. Sie verweisen auf eine Endogenität, die zwar den Ausgangspunkt für Anfechtungen und Krisen darstellt, aber ergebnisoffen ist. Wenn *broken promises*, Heucheleien und interne Spannungen tatsächlich die wichtigsten Ursachen für die gegenwärtigen Anfechtungen und Krisen des liberalen Skripts darstellen, dann scheint eine Selbsttransformation des liberalen Skripts möglich. Diese allgemeine Überlegung befreit uns aber nicht davon, einen spezifischen Blick auf die gegenwärtigen Krisendiskurse zu werfen. Im nächsten Abschnitt werden wir für jeden der vier Krisendiskurse konkret die Frage diskutieren, ob die zugrundeliegenden Problemlagen innerhalb des liberalen Skripts überwunden werden können, ob also eine Selbsttransformation möglich ist.

3. Vier Krisendiskurse

Es lassen sich vier Themenbereiche unterscheiden, in den systematische Schwächen des liberalen Skripts ausgemacht werden. Wenn man diese Thematisierung von Schwächen als Krisendiskurse fasst, kann man von einer Krise des Universalismus, einer Krise der Gleichheit, einer Krise der Demokratie und einer ökologischen Krise sprechen.¹³ Ob die jeweiligen Krisendiskurse tatsächlich unzureichenden, vom normativen Ideal abweichenden Praktiken, den inneren Spannungen bzw. einer mangelnden Anpassung an veränderten Rahmenbedingungen geschuldet oder als strukturelle Widersprüche dem liberalen Skript tiefer eingeschrieben sind, gilt es für den jeweiligen Fall zu klären.

Die Krise des Universalismus

Der Universalismus ist ein Kernversprechen des liberalen Skriptes. Alle Menschen haben dieselben Menschenrechte. Es geht dem liberalen Skript seinen Prinzipien nach also um Menschen, verstanden als mehr oder weniger autonome Individuen, unabhängig von Nationalität, Religion, Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht oder sexueller Orientierung.

Der liberale Universalismus wird heute in Frage gestellt. Kritische Stimmen beharren darauf, dass der Rassismus in der Praxis in vielfältigen Formen fortwährt und sich alltäglich sowohl in der Fortschreibung struktureller Ungerechtigkeiten

13 Die vier Krisendiskurse sind so bei Gosepath, Zürn 2024 thematisiert; ähnlich Börzel, Zürn 2021, S. 282–305.

in der Weltgesellschaft als auch im Alltagsrassismus liberaler Gesellschaften zeigt. Insbesondere die liberale Weltordnung gilt vielen im Kern als ein Instrument des Westens zur Aufrechterhaltung von Dominanz.¹⁴ Gleichzeitig seien die historischen Langzeitwirkungen von Rassismus, Kolonialismus und Imperialismus in allen Gesellschaften des globalen Südens und Nordens immer noch präsent.¹⁵ Die ehemaligen Kolonien haben sich immer noch nicht von dem Erbe der Kolonialisierung befreien können und in den Gesellschaften der ehemaligen Kolonialmächte leben Diskriminierungen von Menschen aus den ehemaligen Kolonien fort. Gerade mit Blick auf die koloniale Diskriminierung wird das Argument der strukturellen Eingeschriebenheit daher besonders stark gemacht. So sei die Diskriminierung schon in Aristoteles' Verteidigung der athenischen Demokratie angelegt, da sie auf der Unterscheidung von Zivilisierten und Barbaren beruht, die im athenischen Imperium komplett rechtlos blieben.¹⁶

Schirin Amir-Moazami unterstreicht die These der Partikularität und Kolonialität liberaler Werte. Dabei verweist sie auf philosophische Diskurse, in denen sich die historische Gegenüberstellung eines christlich-aufgeklärten liberalen Europas einerseits und des unzivilisierten Islams andererseits zeige. Das betrifft insbesondere die Versuche, im Namen des Säkularismus einen vermeintlich liberalen Konsens der Beziehung von Staat und Religion zu identifizieren, der gemäß ihrer Analyse nur in (post-)kolonialer Abgrenzung zu dem Anderen existiert. Indem Amir-Moazami den Vorwurf der Doppelbödigkeit des liberalen Skripts nicht nur mit Blick auf seine politische Umsetzung, sondern auch mit Blick auf seine theoretischen Fundamente vorträgt, macht sie das Eingeschriebenheitsargument besonders stark.

Fraglos haben viele liberale Denkerinnen rassistische und chauvinistische Auffassungen vertreten, viele liberale Politiker haben sich am Kolonialismus und Imperialismus maßgeblich beteiligt und weite Teile des klassischen Liberalismus haben nur weiße Männer als Träger liberaler Rechte vorgesehen. Mehr noch: Allzu oft übersetzte sich die Annahme einer universalen Entwicklung in eine Hierarchisierung kultureller Differenzen, die Gesellschaften in fort- und rückschrittlich einteilte und auf diese Weise koloniale Interventionen zum Zweck der »Hebung« und »Zivilisierung« geradezu unausweichlich erscheinen ließ.¹⁷

14 Tanja Börzel und Thomas Risse weisen in ihrem Beitrag auf eine weitere, »souveräne Ungleichheit« hin, die selbst innerhalb des Westens strukturelle Ungleichheit herstellt: Unterschiedliche Machtpositionen haben nämlich zu einem manifestierten Machtgefälle in internationalen Ordnungen wie der EU geführt. Während gegenüber Portugal, Griechenland oder Spanien bei Verstößen gegen die Haushaltsdisziplin durchgegriffen wurde, war dies bei den mächtigen Mitgliedsstaaten Deutschland und Frankreich nicht der Fall. Wie in ihrem Beitrag deutlich wird, werden in der internationalen liberalen Ordnung liberale Prinzipien in vielen Fällen ungleich umgesetzt und übersetzen sich dadurch in Privilegien (vgl. auch Zürn 2018 zur »institutionalisierten Ungleichheit«).

15 Vgl. Fanon 1961, Spivak 1988, Bhambra 2023. Als Überblick vgl. Kerner 2024.

16 Vgl. Shiliam 2021, S. 27.

17 Conrad, 2012, S. 7.

Gegen die These von der strukturellen Eingeschriebenheit von Dominanzverhältnissen im liberalen Skript sprechen aus unserer Sicht jedoch vier Gründe. Erstens ist keine dieser verwerflichen Haltungen und Praktiken zwingend den das liberale Skript begründenden Prinzipien geschuldet. Im Gegenteil: Es handelt sich um eine mangelnde Konsequenz des Verständnisses und der Umsetzung der zentralen Ideen des liberalen Skripts. Wenn politische Akteure in liberalen Demokratien in der Praxis solche Dominanzverhältnisse trotz besserem Wissen befördern, liegt Heuchelei vor.

Zweitens haben sich auch Liberale früh zu den Kritikerinnen und Kritikern von Diskriminierungen wie Rassismus, Unterdrückung von Frauen, Sklaverei, Kolonialismus und Imperialismus gestellt. So gab es in der Hochzeit des Imperialismus nicht nur liberale Rechtfertigungen dafür, sondern eben auch eine beißende Imperialismuskritik durch Liberale.¹⁸ Die Bejahung kolonialer Praktiken war nie ein verbindendes Merkmal aller Liberalen, sondern ein Streitpunkt zwischen ihnen. Drittens: Auch dann, wenn die Kritikerinnen und Kritiker diskriminierender Praktiken nicht im Namen des Liberalismus agiert haben, haben sie das aus einem Gedankengut heraus getan, das zumindest mit den zentralen Werten des liberalen Skripts übereinstimmt.¹⁹ Das zeigt sich schon alleine daran, dass bei den Auseinandersetzungen innerhalb der Länder oder Eliten, die die Kolonisierung oder Diskriminierung betrieben haben, die Seite, die für den Abbau der Praktiken stand, von der anderen Seite zumeist als »Liberale« bezichtigt wurden. Fast alle historisch bedeutsamen Anti-Diskriminierungsbewegungen beriefen sich auf liberale Grundsätze, und ihre Unterstützerinnen und Unterstützer galten zumeist als Liberale.²⁰

Viertens nutzen auch die schärfsten Kritikerinnen liberaler Diskriminierungen das liberale Skript als Referenzpunkt. Sie verweisen auf die kolonialen und rassistischen Praktiken und die daraus folgenden historischen Ungerechtigkeiten, die bis heute ihre Prägekraft entfalten, zumeist unter Berufung auf den normativen Referenzpunkt einer Gesellschaft der Freien und Gleichen.

So kann die Geschichte des liberalen Skriptes dann auch als eine Abfolge von »Inklusionsrevolutionen« gedacht werden (siehe Einleitung).²¹ Nachdem sich zunächst weiße, wohlhabende Männer gesetzten Alters die Bürgerrechte erfochten haben, erfochten sich im Laufe der Zeit auch besitzlose weiße Männer diese Rechte, wenn auch teilweise nur mit gestuften Rechten, wie im Dreiklassenwahlrecht im deutschen Kaiserreich. Es folgten feministische Inklusionen. Frauen erkämpf-

18 Vgl. Hobsbawm 1987.

19 Zum politischen Kampf gegen Sklavenhandel und Sklaverei, der in den 1780er Jahren begann, vgl. Brown 2006.

20 Davon unbenommen gab insbesondere in den 1920er und 1970er Jahren auch eine starke und gesellschaftsrelevante marxistische oder jedenfalls sozialistische Kritik des Imperialismus.

21 Zum Begriff Inklusionsrevolution vgl. Stichweh 2020, S. 228–230. Dort bezieht er sich stärker auf eine räumliche Ausweitung der Inklusionsrechte im Sinne der Entstehung einer Weltgesellschaft.

ten sich erstmals 1893 in Neuseeland das (zunächst nur aktive) Wahlrecht, sind aber bis heute in den meisten Parlamenten unterrepräsentiert. In der nächsten Welle kämpften diskriminierte Bevölkerungsgruppen wie die *civil rights movement* in den USA gegen den Rassismus und für die Inklusion in den politischen Prozess. Auch dieser Kampf hält an. Es wurden in der Folge rassistisch motivierte Diskriminierungen in den meisten politischen Systemen abgebaut, bislang jedoch noch im nicht ausreichenden Maße und keinesfalls vollständig. Der politische Kampf gegen rassistische Diskriminierungen richtet sich nunmehr gegen jede Art von Diskriminierung auf der Basis von *race, gender, sexuality* und *disabledness*. Derzeit wird die Debatte um die Gleichberechtigung selbstgewählter Identitäten (LSBT*Q) und der sogenannten Identitätspolitik heftig und kontrovers geführt. Alle diese Inklusionswellen erfolgten meist unter Verweis auf das (liberale) Selbstbestimmungsrecht. Dem liberalen Skript ist also strukturell weder die Inklusion (Exklusion ist Teil der liberalen Geschichte) noch die Exklusion (sie wurde abgebaut) eingeschrieben. Eingeschrieben ist allerdings der *Kampf* gegen die Diskriminierung, die aus dem Spannungsfeld zwischen universellem Anspruch und exkludierenden Praktiken existierender Gemeinschaften erwächst.

Gülay Çağlar ordnet in ihrem Beitrag Formen feministischer Kritik anhand ihrer Positionierung zum liberalen Skript ein. Es zeigt sich, dass inklusive universalistische Deutungen liberaler Werte nicht selbstverständlich sind, sondern das Resultat langwieriger Emanzipationskämpfe. Auch die Dekolonialisierungsbewegung folgte der Logik der Inklusionskämpfe. Die Unabhängigkeitsbewegungen, die allesamt ihren Kampf auf das Prinzip der kollektiven Selbstbestimmung stützten, hatten Erfolg. Keinem Land sollte mehr das Recht auf kollektive Selbstbestimmung genommen werden. Abgesehen von einigen Inseln in der Karibik, östlich der kanadischen Küste und in Südamerika gilt der Dekolonisierungsprozess heute als völkerrechtlich abgeschlossen. Der entscheidende Satz in der *Declaration on the Granting of Independence to Colonial Countries and Peoples* der Vereinten Nationen von 1960 lautet: »Inadequacy of political, economic, social or educational preparedness should never serve as a pretext for delaying independence.«²² Damit konnte die kollektive Selbstbestimmung keinem Land mehr aufgrund mangelnder Vorbedingungen abgesprochen werden.

Dementsprechend betont Andreas Eckert zwar die *historische* Eingeschriebenheit von Rassismus und Kolonialismus in das liberale Denken. Die koloniale Gegenüberstellung von zivilisierten und zu zivilisierenden Völkern habe liberales Denken geprägt. Am Beispiel der europäischen Kolonialisierungsgeschichte auf dem afrikanischen Kontinent erläutert Eckert, wie auch vermeintlich universelle Normen eine koloniale Schlagseite erfahren haben, die bisweilen in Europa noch heute nostalgisch-paternalistisch verklärt wird. Andererseits zeige sich aber auch die rechtfertigende Kraft des liberalen Vokabulars bei afrikanischen Befreiungsbewegungen, wie Eckert etwa ausgehend von James Africanus Beale Hortons Forderung nach einer Universität in Westafrika analysiert. Sie wurde auch im weiteren Verlauf des 19. Jahrhundert von afrikanischen Eliten aufgegriffen.

22 UN: General Assembly resolution 1514 (XV), Absatz 3, 14.12.1960.

Für die Perspektive Lateinamerikas verdeutlicht Marianne Braig dies am Beispiel der französischen *Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen* von 1789. Die *Déclaration* schreibt dem *Homme* im 2. Artikel unveräußerliche natürliche Rechte zu. *Homme* kann nun sowohl Mann als auch Mensch bedeuten. Wie Braig hervorhebt, war es zunächst undenkbar, ausdrücklich auch Frauen, versklavte und kolonialisierte Menschen einzuschließen. Doch weil *Homme* eben auch aus dem ursprünglichen Kontext heraus als Metabegriff verstanden werden konnte, gelang das nicht nur Frauenrechtlerinnen, sondern auch versklavten Menschen. In Haiti folgte den Aufständen die Unabhängigkeitserklärung von 1804, die die von der Sklaverei befreiten Menschen direkt adressierte. Das Prinzip, wonach alle Menschen Rechtsträger liberaler Werte sein müssen, hat auch früh in den Kolonien Fuß gefasst. Die Französische Revolution war ein wichtiger Ausgangspunkt, der jedoch nur durch die Kontestationen vormals ausgeschlossener Menschen vollständiger wurde.

Auch mit Blick auf Europa und Nordamerika kann mit Blick auf die Jahrzehnte seit 1990 gesagt werden, dass insgesamt ein Rückgang der Diskriminierungen zu beobachten war. Rahel Jaeggi (in diesem Band) schreibt beispielsweise im Rahmen ihrer allgemeinen Analyse der Erschöpfung des liberalen Skripts, dass die Durchsetzung liberaler Prinzipien mit Blick auf die gleichberechtigte Repräsentation und Inklusion systematisch diskriminierter Gruppen durchaus erfolgreich war. Zwar bestehen Diskriminierungen fort, aber in diesem Bereich lassen sich gerade mit Blick auf die letzten Jahrzehnte erhebliche Verbesserungen beobachten.

Fraglos müssen die Diskriminierungen im liberalen Skript sowohl aus prinzipiellen als auch aus praktischen Gründen weiter überwunden werden. Gerade mit Blick auf die globale Ordnung scheint es uns funktional betrachtet von ganz besonderer Bedeutung: Wenn die globale Gemeinschaft ein leistungsfähiges politisches System entwickeln möchte, um die Herausforderungen meistern zu können, auf die sie bisher noch keine gemeinsame Antwort hat, so muss sie die institutionalisierten Ungleichheiten abbauen, die auch noch nach 1990 in das System der *Global Governance* eingebaut waren und weite Teile des sog. Globalen Südens zu einer Abkehr von dieser Ordnung bewogen haben.²³ Es bedarf einer weiteren Inklusion, diesmal in eine globale politische Ordnung (vgl. auch Börzel und Risse in diesem Band). Anders lassen sich globale Krisen wie z.B. Pandemien oder die Erderwärmung nicht bewältigen. Das liberale Skript bietet eine Orientierung, wie das erreicht werden kann. Diskriminierung muss nicht nur, sie kann auch überwunden werden. Sie ist dem Liberalismus nicht strukturell eingeschrieben.

Die Krise der Gleichheit

In den Jahrzehnten nach dem Mauerfall kam es zu einer dramatischen Ausweitung der kapitalistischen Produktionsweise, insbesondere in Asien, aber auch teilweise in Lateinamerika. Das hat dazu geführt, dass mehrere Hundert Millionen von absoluter Armut befreit wurden, was sich in einer historisch einzigartigen

23 Zürn 2018.

Zunahme des globalen Durchschnittswertes im Human Development Index niederschlägt.²⁴ Gleichzeitig haben in vielen liberalen Demokratien materielle Ungleichheiten zugenommen. Zudem haben die allerärmsten Menschen der Welt insbesondere in Afrika in den letzten drei Jahrzehnten kaum Einkommenszuwächse erfahren, während Superreiche ähnlich starke und neuerdings sogar höhere Zuwächse verzeichnen können als der chinesische Mittelstand.²⁵ Das ist ein Problem für den Liberalismus. Grundsätzlich verspricht das liberale Skript zwar nur die Chancengleichheit. Materielle Ungleichheit muss aber durch Leistung gerechtfertigt sein. Nur dann kann sie auch den Schlechtergestellten zugutekommen. Es ist genau diese Rechtfertigung, welche immer schlechter funktioniert. Bestehende oder gar zunehmende materielle Ungleichheit, die nicht nach Prinzipien des liberalen Skripts gerechtfertigt werden kann, erweist sich dann als ein *broken promise*.

Leistung ist im liberalen Skript die zentrale Rechtfertigung von Ungleichheit. Die Bedeutung des Leistungsprinzips und seine Rolle im liberalen Skript ist aber umstritten, wie Stefan Gosepath in seinem Beitrag zu diesem Band zeigt. Entscheidend für unseren Zusammenhang ist, dass die letzten 40 Jahre zu einer weitgehenden Entkoppelung von Marktergebnissen und dem Leistungsprinzip geführt haben. Bis weit in die 1980er Jahre hinein konnte das Narrativ – die Verteilung materieller Güter in demokratischen Wohlfahrtsstaaten spiegeln die Leistung der Marktteilnehmer wider – mit einer gewissen Plausibilität vertreten werden. Selbst Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank fühlten sich zur damaligen Zeit an die Grundregel (»nicht mehr als 20-mal so viel wie ein Filialleiter«) gebunden und dort, wo unverschuldete Notlagen zur Armut führen würden, griff der demokratische Wohlfahrtsstaat ein.

Der wachsende Anteil einer unterhaltungsbasierten Aufmerksamkeitsökonomie und die damit verbundene Ausbreitung einer *The-winner-takes-it-all*-Logik²⁶ sowie die Digitalisierung und die damit verbundene Entstehung von digitalen Giganten haben die einzig bestehende Rechtfertigung von Ungleichheit – das Leistungsprinzip – ihrer Glaubwürdigkeit beraubt. Zwei endogen verursachte Veränderungen sind dafür ursächlich. Zum einen führt der Wandel von der Industriegesellschaft in eine digitalisierte Dienstleistungsgesellschaft zu einer wachsenden Bedeutung von Netzwerken. Die Bereitstellung von Plattformen für Netzwerke erhält damit einen eingebauten Schutz vor Wettbewerbsmechanismen. Wer ein Netzwerk kontrolliert, braucht keine Angst vor der besseren Konkurrenz zu haben. Auch wenn man der Überzeugung ist, dass es bessere Betriebssysteme als *Windows* gibt, wählt man nach wie vor den Platzhirsch, weil nur dieses Programm es erlaubt, mit all seinen Kooperationspartnern eng zusammen zu arbeiten. Die Kontrolle von Netzwerksgütern führt im Ergebnis zu langanhaltenden Monopol- und Oligopolstellungen. Und Oligopole erlauben es, Gewinnmargen so nach oben zu treiben, dass Ungleichheit dramatisch zunimmt. Die digitalen Mo-

24 Vgl. <https://hdr.undp.org/data-center/human-development-index#/indicies/HDI>, letzter Zugriff 6.10.2023.

25 Milanovic 2016.

26 Vgl. hierzu auch Reckwitz 2017.

nopolisten unserer Zeit wie Bill Gates, Elon Musk und Jack Ma ähneln darin den Größen der amerikanischen Öl-, Eisenbahn-, Stahl- und später Automobilindustrie wie John D. Rockefeller, Andrew Carnegie und Henry Ford zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Allerdings erweist sich die Stellung der digitalen Giganten aufgrund des Netzwerkcharakters ihres Angebots als ungleich stabiler. 50 Jahre nach dem Höhepunkt von Ford in den 1920er Jahren (mit der Ford T-Fließband-Produktion) war es ein krankes Unternehmen, überholt von vielen anderen. Microsofts Dominanz bei PCs ist 50 Jahre nach seiner Gründung immer noch ungebrochen.

Es gibt noch einen zweiten Mechanismus, der das Leistungsprinzip seiner Rechtfertigungskraft beraubt. Die mediale Aufmerksamkeitsökonomie, die im Zuge der digitalen Dienstleistungsgesellschaft entstanden ist, stärkt den Verteilungsmechanismus des *The-winner-takes-it-all*-Prinzips. Die Erste oder zumindest die Ersten bekommen alles, die anderen gehen leer aus. Anders gesagt: Ein Prozent mehr Leistung oder einfach das Glück entscheiden darüber, ob man fast alles hat oder fast nichts. Das kann nicht durch das Leistungsprinzip gerechtfertigt werden.

Im Ergebnis nehmen die Ungleichheitskontestationen des liberalen Skripts wieder zu. Die Gerechtigkeitsfrage stellt eine gewichtige Motivation für viele Kontestationen dar.²⁷ Anders als im Falle der sozialen Diskriminierungen kann bei der Krise der materiellen Gleichheit tatsächlich eine Verschlechterung der Lage seit 1990 beobachtet werden. Sie ist zudem eindeutig endogen verursacht, v.a. wenn man die Exporterfolge Chinas der liberalen Weltwirtschaftsordnung zuschreibt. Die technologische Dynamik des Kapitalismus hat zu einer Veränderung der Ökonomie geführt, die die alten Mechanismen der Marktregulierung zunehmend ineffektiv gemacht haben. Das liberale Skript hat in der Praxis bisher nicht angemessen auf diese Veränderungen reagiert. Es sind institutionelle Änderungen notwendig, um das Verhältnis von Markt und Gleichheit wieder besser auszutariieren. Die Änderungen, die notwendig wären, sind freilich aus drei Gründen mit dem liberalen Skript kompatibel.

Erstens sind Märkte, deren Funktionsweise und Allokationseffekte, nicht naturgegeben, auch nicht innerhalb des liberalen Skripts. Märkte waren schon immer in ein politisches und rechtliches Umfeld eingebettet, das erst ihre Funktionsweise ermöglicht hat. Die ideengeschichtliche Betrachtung von Mark Hallerberg (in diesem Band) rekonstruiert das Verhältnis von Staat und Markt insbesondere auf dem europäischen Kontinent. Als wesentliches Ursprungsmerkmal von Märkten macht er einen strukturellen Konservatismus aus: Da Märkte maßgeblich von jenen Kräften mitgeprägt wurden, die bereits über politische Macht verfügten, war deren primäres Ziel, im Markt ein Instrument zur Machterhaltung zu etablieren. Im alten Rom wurden Märkte gar als Instrument gegen eine naturgegebene Ungleichheit gesehen: Augustinus verknüpfte beispielsweise die Möglichkeit, neuen Reichtum zu generieren, mit göttlicher Verteilung von Glück und Unglück. Das Funktionieren der Märkte war zumeist an die politische Macht der jeweils

27 Zürn et al. 2024.

federführenden Klassen geknüpft. Ging ihre Macht unter, so tat es der Markt gleich.

In moderneren liberalen Demokratien haben sich nach Hallerbergs Analyse schließlich in den 1940er Jahren zwei Variationen des Verhältnisses von Staat und Markt herausgebildet: Der Neoliberalismus Friedrich von Hayeks sowie eine progressivere Variante, für die Karl Polanyi steht. Während letztere offensichtlich das Erfordernis eines aktiv umverteilenden Staats postuliert, nimmt der Neoliberalismus eine andere Gewichtung vor: Politische Freiheit ergibt sich demnach aus ökonomischer Freiheit und wird dadurch im Zaum gehalten. Die Wirkungsweise und die Konstitution von Märkten waren also nie naturgegeben, sondern jeweils ein Produkt zeitgeschichtlicher Erfahrungen und politischer Auseinandersetzungen. Änderungen im Verhältnis von Staat und Markt gehören somit zur Dynamik des liberalen Skripts.

Zum zweiten verweisen alle Varianten des liberalen Skripts auf die Notwendigkeit der Zerschlagung von Monopolen und Oligopolen. Auch und gerade die neoliberale Variante sieht die Hauptaufgabe des Staates darin, Monopole zu unterbinden. Zentral war dabei immer das Anliegen, dass die Marktmechanismen nicht durch Monopole überformt werden und dass die Zuteilung von Gütern und Reichtum im Rahmen eines fairen Wettbewerbs erfolgt. Einige der Monopole in den USA zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden politisch zerschlagen, bei anderen wirkte der Markt in diese Richtung. Die Beschränkung von Monopolen und Oligopolen gelingt heute aber kaum mehr. Es bedarf also neuer institutioneller Regelungen — etwa einer globalen Anti-Monopolkommission — um diese Prinzipien wieder zu stärken. Ein Markt ist im liberalen Skript nur dann moralisch akzeptabel, wenn er von Gerechtigkeitsprinzipien umrahmt wird. Menschenrechte, verstanden als Grundsicherung aller Akteure im Markt, und Demokratie als das Recht der kollektiven Festlegung von Marktregelungen und -korrekturen sind im liberalen Skript wesentliche Elemente einer sinnvollen institutionellen Strategie des Umgangs mit ungleichheitsproduzierenden globalen Märkten.

Drittens kritisiert Stefan Gosepath (in diesem Band) die Sichtweise, wonach Leistung als objektives Kriterium zu verstehen ist. Stattdessen plädiert er für institutionelle Spielregeln zur Gestaltung von Ungleichheiten. Die Grundidee dieser institutionellen Betrachtungsweise ist, dass nicht Gleichheit, sondern Ungleichheit gerechtfertigt werden muss. Es muss also gute Gründe geben, die ökonomische Ungleichheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu rechtfertigen. Gosepath führt hier etwa als Vorschlag das Rawls'sche Differenzprinzip an: Die Anreizmechanismen auf Märkten können nur durch allgemeine Wohlstandssteigerungen gerechtfertigt werden, die auch und gerade den Schlechtestgestellten zugutekommen. Ungleichheit ist somit dann gerechtfertigt, wenn die am schlechtesten Gestellten materiell bessergestellt werden als beim hypothetischen Fall kompletter Gleichheit. In dem Fall fehlten die Anreize, sich überhaupt am Markt zu beteiligen. Eine mögliche institutionelle Transformation könnte dabei deutlich erhöhte Erbschaftssteuern und eine wieder stärker progressive Besteuerung beinhalten, was gerade keinen Bruch mit dem liberalen Skript darstellen würde. Neben dem Kern der individuellen Selbstbestimmung würden hierbei nicht nur Gerechtigkeitsversprechen wieder

stärker eingelöst. Letztendlich würden auch die ökonomischen Komponenten des liberalen Skripts wie das Leistungsprinzip, Eigentumsrechte und Marktwirtschaft davon profitieren.

Die Krise der Demokratie

Das liberale Skript kann im 21. Jahrhundert nicht mehr ohne seine enge Verbindung zur liberalen Demokratie gedacht werden. Insofern bedingen sich individuelle und kollektive Selbstbestimmung gegenseitig, wobei das selbstbestimmte Individuum die rechtfertigende Grundlage bietet. Eine liberale Demokratie institutionalisiert zum einen die Grundidee, dass alle, die von einer Entscheidung betroffen sind, auch die Gelegenheit haben sollten, an dieser Entscheidung mitzuwirken. Alles andere wäre Fremdbestimmung. Um nicht für jede Entscheidung den Kreis der Betroffenen neu festlegen zu müssen, dient die Vorstellung einer politischen Gemeinschaft, verstanden als eine Gruppe von Individuen, die nach bestimmten Kriterien (Staat, Nation, Geschichte etc.) zusammengehören, als Mechanismus, um die Mitglieder einer liberalen Demokratie zu bestimmen.²⁸

Eine liberale Demokratie beruht zum anderen auf Grundlagen, die als solche nicht zur Disposition gestellt werden können. Sie beschreiben die Grenzen der demokratischen Mehrheitsentscheidung. Institutionell sollen solche unverfügbaren und unveränderlichen Grundlagen wie in Deutschland vorrangig die Menschenwürde und der Wesensgehalt der Grundrechte durch nicht-majoritäre Institutionen wie das Bundesverfassungsgericht geschützt werden. In der konkreten Bestimmung der Grenzen sowohl der politischen Gemeinschaften als auch zwischen demokratischen Entscheidungsspielräumen und liberalen Grundrechten hat sich das liberale Skript aber schon immer als sehr schweigsam erwiesen und diese Grenzziehungen *de facto* der politischen Praxis überlassen. Die Beiträge von Bernd Ladwig und Christian Volk thematisieren das auf unterschiedliche Weise. Bernd Ladwig (in diesem Band) zeigt, wie unbestimmt und umstritten der Kreis derjenigen ist, die Grundrechte besitzen sollen. Er argumentiert, dass auch individuelle und leidensfähige Tiere (nicht die Umwelt als Ganzes) Rechte besitzen können und es schon immer einen Strang im liberalen Denken gegeben hat, der so gedacht hat. Und Christian Volk (in diesem Band) macht deutlich, dass das liberale Skript Mechanismen vorsieht, mit denen Mehrheitsentscheidungen auch mittels des Rechtsbruchs in Frage gestellt werden können, wenn sie dem Zwecke der Demokratisierung und des Lebenserhalts dienen.²⁹

Das doppelte Problem der politischen Grenzziehung – Grenzen des Demos und Grenzen des Mehrheitsprinzips – zeigt sich besonders deutlich in unserer Zeit. Das hat vorrangig zwei Gründe. So nimmt erstens im Zuge der Globalisierung

28 Vgl. Anderson 2016 [1983]; Dahl 1989 oder aus philosophischer Perspektive Forst 2007, S. 224–269.

29 Gerade der Widerstand gegen Diskriminierungen und Dominanzbeziehungen hat immer wieder auf Elemente des zivilen Widerstands zurückgegriffen, wie im vorliegenden Band von Gülay Çağlar hinsichtlich des Feminismus und von Marianne Braig bei der Revolution in Haiti erläutert wird.

die Trennschärfe territorialstaatlicher Grenzen ab. In den 1960er Jahren lag der Anteil grenzüberschreitender Transaktionen an allen gesellschaftlichen Transaktionsprozessen zumeist im einstelligen Prozentbereich.³⁰ Grenzüberschreitende Telefonate machten weniger als zwei Prozent aller Telefonate aus und selbst der Export industrieller Güter lag nur in wenigen Ländern deutlich über zehn Prozent. Bis zum Ende der 1990er Jahre veränderte sich dies dramatisch und in vielen gesellschaftlichen Bereichen hat die nationale Grenze als Barriere für gesellschaftliche Transaktionen ihre Bedeutung verloren.³¹ Zwar ist die Globalisierung in den letzten Jahren entschleunigt worden, sie befindet sich aber nach wie vor auf einem im Zeitvergleich sehr hohen Niveau. Dadurch entstehen systematisch grenzüberschreitende, oft globale Problemlagen und auch Krisen, die nur durch internationale Institutionen angegangen werden können, die mit entsprechenden Autoritäten ausgestattet und ausreichend legitimiert sind. Der Klimawandel, Pandemien und die Regulierung globaler Finanzmärkte sind drei besonders prominente Beispiele. Um diese Problemlagen effektiv bearbeiten zu können, müssen demokratische Nationalstaaten Entscheidungen auslagern, ohne garantieren zu können, dass die ausgelagerten Entscheidungen noch demokratisch erfolgen.³² Das führt dann zu einer liberalen internationalen Ordnung, die, wie Tanja Börzel und Thomas Risse in diesem Band herausarbeiten, zwar durchaus intrusiv und effektiv wirken kann, sich aber bisher der demokratischen Gestaltung weitgehend entzieht.

Damit verschärft sich ein zweiter Trend, der vor allem mit der wachsenden Bedeutung von Wissenschaft und Expertise zu tun hat. Alexander Bogner spricht in diesem Zusammenhang von einer Epistemisierung des Politischen,³³ die sich nicht zuletzt daran zeigt, dass die epistemische Richtigkeit einer Politik als Rechtfertigung bei der Letzten Generation für den Widerstand gegen Mehrheitsentscheidungen herangezogen wird (vgl. Christian Volk in diesem Band). Beide Prozesse, die Globalisierung und die Epistemisierung, führen dazu, dass nicht-majoritäre Institutionen an Bedeutung gewinnen, während sich parallel dazu eine relative Entmachtung der Parlamente und der Parteien – den klassischen Institutionen der Mehrheitsdemokratie – beobachten lässt. Zentralbanken, regulatorische Behörden, Expertise und Verfassungsgerichte sowie europäische und internationale Institutionen treffen immer mehr Entscheidungen und Urteile auf der Basis einer Rechtfertigung, die primär auf epistemische Richtigkeit abhebt.³⁴ Damit verlieren Mehrheiten und die Stimmabgabe an der Wahlurne an Bedeutung.

Diese doppelte Entwicklung führt im Ergebnis zu einer Zunahme der Anfechtungen der liberalen Demokratie: Autoritär-populistische Parteien greifen die liberalen Grundlagen der Demokratie an und setzen auf den Willen der (schweigen-

30 Deutsch 1972, S. 26–49.

31 Beisheim et al. 1999.

32 Zürn 1998.

33 Bogner 2021.

34 Zürn 2022.

den) Mehrheit, um sich von den Zumutungen liberaler Grund- und Minderheitenrechte sowie von den Einmischungen internationaler Institutionen zu befreien. Dem Vorbild der FPÖ in Österreich und des Front National, heute Rassemblement National, in Frankreich folgend sind in fast allen liberalen Demokratien Parteien entstanden, die sich gegen die sogenannten »korrupten liberal-kosmopolitischen Eliten« wenden, die mit Hilfe internationaler Institutionen und einer parteiischen Medien- und Wissenschaftslandschaft gegen den Willen der »einfachen Leute« regierten. Dabei sind die beiden beschriebenen Entwicklungen und Veränderungen in Demokratien zu einem autoritär-populistischen Narrativ zusammengebunden worden, in dem die Volksidentität und der direkte Durchgriff des Volkswillens auf staatliches Handeln eingefordert wird. Dort, wo autoritäre Populisten an die Macht gekommen sind und sich über mindestens zwei oder drei Legislaturperioden halten können, greifen sie die liberalen Pfeiler der Demokratie an: Die Unabhängigkeit der Justiz, die pluralistische Medienlandschaft und die Organisationsfreiheit der Opposition werden dann nach und nach abgetragen. Gleichzeitig kämpfen diese Regime für uneingeschränkte Souveränität und weisen internationale Verpflichtungen zurück. Beispiele hierfür sind Ungarn, die Türkei und ganz besonders weit fortgeschritten auch Russland. Alle diese Staaten nehmen für sich in Anspruch, im Namen ihrer Bevölkerung und in diesem Sinne demokratisch zu agieren.³⁵ In der Praxis wird daher nicht der Begriff der Demokratie als solcher, sondern lediglich eine spezifische Form, nämlich die *liberale* Demokratie unter Druck gesetzt. Im Ergebnis zeigt sich jedoch, dass die Anzahl der Demokratien in der Welt und auch die demokratische Qualität vieler noch bestehender Demokratien grundsätzlich — und nicht nur die liberale Demokratie — seit 2005 deutlich zurückgehen.³⁶

Die Veränderungen, die die liberale Demokratie so angreifbar haben werden lassen, scheinen weitgehend durch das liberale Skript selbst verursacht zu sein. Es relativiert die Bedeutung von Grenzen, betont die Vorteile globaler Transaktionen und es hat Raum für die Verwissenschaftlichung geboten. Die Entkoppelung politischer und sozialer Räume im Zuge der Globalisierung und die Epistemisierung des Politischen sind also dem liberalen Skript geschuldet und liegen den Demokratieproblemen zugrunde, die in den letzten drei Jahrzehnten zugenommen haben und offenbar geworden sind. Sie verändern die Rahmenbedingungen, unter denen Demokratie organisiert werden muss. Die damit notwendigen institutionellen Veränderungen sind aber praktisch nicht bzw. unzureichend erfolgt.

Diese Umsetzungs- und Anpassungsprobleme stellen aber nicht die liberalen und demokratischen Prinzipien grundsätzlich in Frage, sie sind dem liberalen Skript nicht strukturell eingeschrieben. Allerdings sind die institutionellen Neu-

35 Manow 2020.

36 Schäfer, Zürn 2021. Im Ergebnis erweisen sich die illiberalen Demokratien unter modernen Bedingungen als undemokratische Herrschaftsformen, die Minderheiten benachteiligen und demokratische Kontrollmechanismen beschädigen und somit die Integrität des Demos angreifen. Vgl. Philip Manow und Michael Zürn für eine kontroverse Diskussion dieser Frage in Nida-Rümelin u.a. 2024.

erungen, die zur Umsetzung der Demokratie in unserem Zeitalter notwendig sind, in diesem Fall besonders weitreichend und politisch schwierig. Sie sind noch nicht einmal ausreichend durchdacht und noch weit von einer politischen Umsetzung entfernt. Nichts im liberalen Skript verbietet es jedoch grundsätzlich, die liberale Demokratie auch jenseits des Nationalstaates zu entwickeln oder der Wissenschaft einen demokratisch angemessenen Platz im politischen Entscheidungsprozess zuzuweisen. Diskutiert werden etwa Modelle einer kosmopolitischen Demokratie, die auf die geschilderte Herausbildung eines transnationalen politischen Raumes mit dem Entwurf eines komplexen und föderalen politischen Mehrebenensystems antwortet. Hierunter wird ein mehrstufiges Institutionengefüge verstanden, das von der lokalen über die regionale, die nationalstaatliche bis zur supra- und transnationalen Ebene reicht.³⁷ Gleichzeitig können deliberative Foren, in denen *mini-publics* die Komplexität der Sachverhalte in demokratische Prozesse integrieren, die etablierten Entscheidungsinstanzen ergänzen.³⁸ Es bleibt aber festzuhalten, dass die damit verbundenen institutionellen Änderungen sehr weitreichend sind und die Logik einer einfachen Reform deutlich überschreiten.

Die ökologische Krise

Das große Versprechen des Liberalismus ist der Fortschritt. Es umfasst sowohl den moralischen, aber auch den materiellen Fortschritt. Viele liberale Vordenker wie Adam Smith, John Stuart Mill und David Ricardo haben nie dem Markt einen normativen Eigenwert zugeschrieben.³⁹ Vielmehr bringe der freie Wettbewerb auf unvoreingenommenen Märkten für jeden gegebenen Stand der Technik das effizienteste Ergebnis, das heißt den größten Gesamtwohlstand hervor. Darüber hinaus gelten ihnen bis heute freie Märkte als die beste Triebkraft für die Entwicklung und Verbreitung neuer Technologien. Dank dieser Fortschrittsdynamik der Märkte hatte das liberale Wohlstandsversprechen lange Zeit eine weltweit magische Anziehungskraft. Es galt: Wer wohlhabend sein und Zugang zu möglichst vielen Konsumgütern haben will, muss in einer liberalen Gesellschaft leben. Erst der Aufstieg der autoritären Entwicklungsstaaten mit großen Wachstumserfolgen wie in China und Singapur hat diesen Zusammenhang nachhaltig infrage gestellt.

Die Produktion von Wohlstand und Technologien trug erheblich zum Erfolg des liberalen Skripts bei. Sie beruhte auf der Idee, dass die Herrschaft der Menschen über die Natur legitim und notwendig sei. Selbstbewusste und selbstsichere Menschen und Gesellschaften sind demnach nicht Opfer der von Gott und der Natur gesteuerten Schicksale. Liberale Gesellschaften erlangten die Kontrolle über die Natur, sie machten sich die Natur Untertan. Liberale Gesellschaften dürfen auch natürliche Ressourcen für Wohlstand und Fortschritt ausbeuten. Der Begriff, der sich für diesen Zusammenhang etabliert hat, ist der des Anthropozäns, demzufol-

37 Vgl. Archibugi, Held 1995; Hale, Koenig-Archibugi 2019; Zürn 2016.

38 Lafont 2015; Bächtiger et al. 2010.

39 Vgl. Herzog, Honneth 2014.

ge die Menschheit einen dominanten geophysikalischen Einfluss auf das Erdsystem ausübt (vgl. dazu Bernd Ladwig in diesem Band).

Spätestens mit der breiten Anerkennung einer Klimaerwärmung kann von einer ökologischen Krise gesprochen werden. Die Vorzeichen davon sind seit 50 Jahren sichtbar. Die Vorboten der Krise waren die schlechte Luft und die verschmutzten Flüsse in den Industriestädten. Später kamen saurer Regen, das Ozonloch, die Verschmutzung der Meere und das Waldsterben dazu. Heute stehen vor allem die globale Klimaerwärmung und das Artensterben samt ihrem unabsehbaren Folgen im Mittelpunkt des Krisendiskurses. In beiden Fällen drängen sich Zweifel an der Fähigkeit zur Krisenbewältigung im Rahmen eines national gedachten und wachstumsorientierten liberalen Skripts auf. Diese Zweifel übersetzen sich in Kontestationen des liberalen Skripts.

Ältere Umweltbewegungen und ihre Bündelung in der Partei der Grünen erwiesen sich zumeist als reformistisch orientiert. Sie äußern sich in internen Kontestationen, die das Problem im Rahmen des liberalen Skripts angehen wollen. Insbesondere jüngere Klimabewegungen wie die *Extinction Rebellion* und die *Letzte Generation* gehen teilweise weiter und weisen Züge von externen Kontestationen auf. Sie berufen sich zwar auf liberale Prinzipien, fordern aber erhebliche Beschränkungen der individuellen Autonomie, des Marktprinzips und teilweise auch der Demokratie zum Schutz der Umwelt ein. Gleichzeitig werden von ihnen bewusst rechtsverletzende und systemkritische Praktiken gewählt, die teilweise am Rande des liberalen Verständnisses des zivilen Ungehorsams stehen. Sie führen nicht zuletzt dazu, dass die Kriterien für legitimen Widerstand neu diskutiert werden (vgl. Christian Volk in diesem Band).⁴⁰

Ob die Bewältigung der Klimakrise im Rahmen des liberalen Skripts gelingen kann, ist heute umstritten. Zumindest kann und muss das Recht auf Ausbeutung der Natur eingeschränkt werden. Denn nach liberalem Verständnis ist die Ausbeutung der Natur in dem Maße möglich, wie wir vorhersehen können, dass die Weiterentwicklung der Technik verspricht, die Natur ohne Schaden für künftige Generationen reparieren zu können.⁴¹ Neben der Hoffnung auf technologische Lösungen stellt die möglichst umfassende Einpreisung aller potentiellen Umweltschäden in den Produktions- und Konsumtionsprozess die typische liberale und auch marktkonforme Strategie dar, um das Wirtschaften und unsere Lebensweise umweltgerecht und nachhaltig zu gestalten. Das Beispiel des Emissionshandels ist hier einschlägig. Solche Maßnahmen stellen aber den materiellen Fortschritt nicht in Frage. Sie beruhen nach wie vor auf der Logik des Anthropozäns. Gleichzeitig wird die Einpreisung der externalisierten Effekte zu einer Verteuerung führen, die den Fortschritt für alle nur möglich macht, wenn es eine gerechte Umverteilung und Absicherung der am schlechtesten Gestellten geben wird. So wachsen nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Verlaufs der Debatte über das Gebäudeenergiegesetz und angesichts der bitteren Widerstände gegen die Verteilungseffekte einer konsequenten Umweltpolitik doch Zweifel, ob auf diesem Weg die ökologische

40 Vgl. Celikates 2023.

41 S. Fücks 2017. Eine etwas andere Sicht vertritt Lepenies 2022.

Transformation in der liberal-demokratischen Gesellschaft, wie wir sie kennen, möglich ist.

Es sind zwei Elemente bzw. kognitive Grundlagen des liberalen Skripts, die das Verhältnis etablierter liberaler Demokratien und ökologischer Transformation beschweren. Im liberalen Freiheits- und Fortschrittverständnis sind erstens Tiere und Natur bloß Ressourcen zu unseren Zwecken und nicht auch selbst, mit Immanuel Kant gesprochen, als Zwecke vorgesehen. Diese anthropozentrische Sichtweise ist eng mit dem liberalen Skript verbunden. Nur der vernunftbegabte Mensch ist Träger von Rechten, die Natur kommt nur ins Spiel, wenn sie dem Menschen nützlich erscheint.

Wenn es darum geht, zukünftigen Generationen oder auch anderen Lebewesen ein Mitbestimmungsrecht zu geben, klingt das zunächst wie eine weitere Inklusionsrevolution. Im Gegensatz zu früheren Inklusionsprozessen geht es aber in diesem Fall um Lebewesen, die die Ansprüche an die Autonomie(-fähigkeit), die das liberale Skript an einen Rechtsträger stellt, kaum oder gar nicht erfüllen können. Der Wille und die Meinung anderer Lebewesen oder zukünftiger Generationen kann nur vermutet oder zugeschrieben werden, nicht aber selbst gefasst und geäußert werden.⁴² Offensichtlich haben wir Menschen auch gegenüber zukünftigen Generationen und Tieren als leidensfähigen Wesen moralische Pflichten. Aber haben sie auch Rechte, wenn Rechte zu haben voraussetzen sollte, über Autonomie und Reflexivität zu verfügen? Auch der Kerngedanke der Gaia als Gegenbegriff zum Anthropozän drängt aus dem liberalen Skript heraus.⁴³ Die Gaia-Hypothese versteht die Erde als dynamisches System, in dem Wirkmächte auf Wirkmächte reagieren. Wenn Tiere sowie die belebte wie unbelebte Natur als gleichberechtigte Wirkkräfte angesehen werden,⁴⁴ verschiebt sich die dem liberalen Skript strukturell eingeschriebene Vorstellung von Rechten (nur) für autonome Wesen mit einem grundlegenden Recht auf Rechtfertigung und Selbstbestimmung zugunsten Kriterien wie Leidensfähigkeit, (zuschreibbaren) Interessen oder objektiven Werten. Auch den Globus als Ganzes mit Rechten auf Berücksichtigung ausgestattet zu sehen, transformiert die liberale Idee der Trennung von Kultur und Natur und wendet sich gegen das hierarchische Prinzip der menschlichen Kontrolle der Natur. Bernd Ladwig (in diesem Band) argumentiert, dass die notwendige Neufassung des Freiheitsverständnisses immanent im Rahmen des liberalen Skripts möglich ist.⁴⁵ Es bedarf allerdings einer Umdeutung eines der zentralen Prinzipien und einer Begründung von Rechten auch für solche Lebewesen, die zwar etwas

42 Dieselbe Frage stellt sich auch bei Menschen mit gravierenden geistigen Behinderungen oder Krankheiten. Auch das führt schon zu Ungereimtheiten im liberalen Skript, wenn diesen Menschen (gleiche) Rechte zugestanden werden, ohne es durch das bloße Menschsein begründen zu können, weil das Speziesismus ist, also die moralische Diskriminierung von Lebewesen ausschließlich aufgrund ihrer Artzugehörigkeit. Vgl. Singer 1984. Dagegen Schidel 2023.

43 Vgl. Latour 2020.

44 Vgl. Wesche 2023.

45 Ladwig 2020, Kymlicka 2013.

empfinden können, aber nicht zu einer selbstbestimmten Lebensführung instande sind.

Es kann zum zweiten argumentiert werden, dass das liberale Skript zur Abwehr gegen alle Staatseingriffe tendiert, die nicht eigentumsrechtlich gerechtfertigt werden können und damit gegenwärtige Freiheitsansprüche zuungunsten der künftigen Freiheit aller privilegiert. In Anlehnung an MacCallums systematische Freiheitsformel »X ist frei von Y um Z zu tun«,⁴⁶ muss der »Fetisch des Verbots des Verbots« durch einen zeitgemäßen Freiheitsbegriff ersetzt werden, der als Freiheitshindernis (Y) weniger Staatseingriffe, sondern vielmehr die ökologische Krise im Blick hat. In der politischen Praxis scheint aber immer noch die Abwehr von staatlichen Eingriffen ein besonders privilegierter Wert zu sein.⁴⁷

Im Ergebnis ist die ökologische Krise dem liberalen Skript strukturell am tiefsten eingeschrieben. Im Gegensatz zur Krise des Universalismus hat sich die zugrundliegende Problemlage seit 1990 verschärft. Und im Gegensatz zur Demokratie- und Ungleichheitskrise müssen die Veränderungen mehr als nur institutionelle sein. Es bedarf einer Reinterpretation einiger der dem liberalen Skript zugrundeliegenden Prinzipien, um die ökologische Krise zu bewältigen. Dass eine solche Reinterpretation unter liberalen Vorzeichen möglich ist und damit im Rahmen einer Selbsttransformation des liberalen Skripts erfolgen kann, zeigt beispielhaft der Beitrag von Bernd Ladwig (in diesem Band). In jedem Falle erfordert die Abwendung der ökologischen Katastrophe weitreichende Maßnahmen, deren Umsetzung das liberale Skript anders aussehen ließe. Dabei gilt es, auch das liberale Versprechen des materiellen Fortschritts neu zu denken. Heute schon glaubt eine große Mehrheit der Menschen in Westeuropa, dass es den eigenen Kindern schlechter gehen wird als uns heute.⁴⁸ Viele dieser skeptischen Antworten haben mit den erwarteten Folgen der Klimakrise zu tun. Fortschritt kann also nur noch im Einklang mit, kaum noch durch die Ausbeutung der Natur erfolgen.

4. Die notwendige Selbsttransformation des liberalen Skripts

Die Betrachtungen der vier gegenwärtigen Krisen des liberalen Skripts zeigen, dass sie weitgehend endogen verursacht sind. Sie sind also durch Entwicklungen hervorgerufen worden, die aus liberalen Ordnungen heraus erwachsen. Es zeigt sich aber auch, dass sie weitgehend auf falschen Praktiken und Vereinseitigungen beruhen. Dabei sind die Fehlentwicklungen, die zu den gegenwärtigen Krisen geführt haben, den meisten Varianten des liberalen Skripts »historisch eingeschrie-

46 MacCallum 1991 [1967].

47 Lepenies 2022. Zur Anwendung der MacCallumschen Formel im Liberalismus siehe auch Ladwig in diesem Band, S. 326ff.

48 Vgl. z.B. <<https://www.rnd.de/politik/umfrage-sorgen-um-wohlstand-der-kinder-heutige-eltern-glauben-nicht-an-besseres-leben-fuer-ihre-7M43JMZKTNECPA46BCKYTOZEIE.html>>, letzter Zugriff 18.06.2024. Zur negativen Zukunftserwartung angesichts der Krisen der Demokratie vgl. Przeworski 2020, S. 167–237.

ben«, denn sie sind unleugbarer Bestandteil ihrer Entwicklung mit langfristigen Wirkungen.

Aber die meisten dieser Fehlentwicklungen sind *nicht* »strukturell eingeschrieben«. Es dürfte wenig umstritten sein, dass die Fehlentwicklungen nicht begrifflich Teil des liberalen Skripts sind. Es besteht also kein begriffliches Implikationsverhältnis. Zugleich treten die genannten Fehlentwicklungen nicht nur in Gesellschaften mit einem dominanten liberalen Skript auf. Imperialismus, Rassismus, Geschlechterdiskriminierung, Ungleichheit und Umweltverschmutzung lassen sich auch in nicht-liberalen Systemen beobachten. Es gab und gibt sie auch ohne das liberale Skript. Insbesondere stehen die autoritären Ordnungen unserer Zeit vor ähnlichen Problemen: Erstens folgen sie einschließlich China einem Kapitalismus, dessen Ungleichheiten nicht mehr gerechtfertigt werden können und damit die sozialen Spannungen vertiefen. Zweitens versagen auch sie bislang angesichts der ökologischen Herausforderungen und drittens können sie allein globale Problemlagen nicht bewältigen. Es ist daher nicht schwer vorherzusagen: Dasjenige Skript, welches die besten Antworten auf diese Fragen gibt, wird sich durchsetzen — ob alt, neu oder eine Kombination davon.

Umgekehrt gilt aber auch, dass es bisher keine Gesellschaft mit einem liberalen Skript gegeben hat, in dem diese Fehlentwicklungen überhaupt nicht aufgetreten sind. Diese Beobachtung begründet das weitverbreitete Unbehagen an der Auffassung, die genannten Probleme ließen sich (noch) im Rahmen des liberalen Skripts angemessen lösen.⁴⁹ Damit das liberale Skript die normativ und funktional besten Antworten auf diese Herausforderungen geben kann, reichen kosmetische Korrekturen tatsächlich nicht. Es bedarf einer liberalen Selbsttransformation. Drei Veränderungen sind besonders dringlich: Das liberale Skript wird zum einen voraussichtlich nie zu einer idealen und vollständig gerechten Gesellschaft führen. Die (Selbst-)Kritik an materiellen Ungleichheiten und die Exklusionen und Verletzungen der Chancengleichheiten gehören zum liberalen Skript. Was dieses daher leisten muss, damit die Ungleichheitskritik sich nicht gegen den Kern des liberalen Skripts wendet, ist eine nachvollziehbare Rechtfertigung der Ungleichheit und eine plausible Perspektive, wie diese Ungleichheiten abgebaut werden können und sollen. Das kann jedoch nicht gelingen, wenn die Entwicklung in Richtung wachsender Ungleichheiten weitergeht und die komplette Entkoppelung der Ungleichheit vom Leistungsprinzip stattfindet. Deswegen müssen die Digitalisierung der Ökonomie und der Wandel zu einer Dienstleistungsökonomie so gestaltet werden, dass das *The-winner-takes-it-all*-Prinzip begrenzt und die Logik der dauerhaften Festsetzung von Digitalgiganten verhindert wird. Das liberale Skript muss Wege finden, die Zerschlagung von Digitalmonopolen und die Regulierung der Aufmerksamkeitsökonomie (Unterhaltung, soziale Medien etc.) voranzutreiben. Zudem muss plausibel bestimmt werden können, was Leistung genau bedeutet und wie sie sinnvoll belohnt werden soll. Stefan Gosepath liefert in diesem Band einige Anhaltspunkte für eine Neubestimmung des Leistungsprinzips. Dazu gehören

49 Vgl. Sandel 2023.

auch neue Regeln für die strenge Besteuerung und Begrenzung von Erbschaften.⁵⁰ Grundlegend sei es, einen allgemeinen Standard herzustellen, der jenen ein gutes, würdevolles Leben ermöglicht, die in der Verteilung der prestigeträchtigsten Positionen, Macht und Reichtum leer ausgehen.⁵¹

Das liberale Skript bindet zum zweiten die Idee des Fortschritts an einen zu kurzen Zeithorizont. Das zeigt sich insbesondere an dessen Naturverständnis. Heute wissen wir, dass dieses Modell enorme Schwierigkeiten hat, das Überleben des Planeten zu schützen. Das liberale Skript war bisher nicht in der Lage, überzeugende Antworten auf die ökologischen Herausforderungen zu finden. Und das hat etwas mit den Prinzipien des liberalen Skripts zu tun: individuelle Selbstbestimmung, überwiegender Fokus auf die Gegenwart, Ausstattung von Verschmutzerinnen mit Einspruchsrechten, Wachstumszwang sind nur einige davon. Das liberale Skript und die liberale internationale Ordnung brauchen ein Verständnis der Rechte der Natur und zukünftiger Generationen angesichts der Klimakrise. Andernfalls wird auch das Fortschrittsversprechen — unsere Kinder werden ein besseres Leben als wir haben — gebrochen. Bernd Ladwigs Überlegungen in diesem Band weisen in diese Richtung.

Das liberale Skript hält sich zum dritten sehr bedeckt, wenn es um die Festlegung der Mitglieder einer Gemeinschaft geht. Welche Rechte haben Menschen, die zwar nicht zu einer territorial bestimmten Gemeinschaft gehören, aber durch deren Entscheidungen grundlegend betroffen sind? Jede klimapolitische Entscheidung Chinas und jede finanzpolitische Entscheidung der USA haben globale Auswirkungen. Es stellt das Selbstbestimmungsrecht der jeweiligen staatlichen Bevölkerung in Frage, wenn Inseln im Pazifik verschwinden, weil andere Nationen Entscheidungen getroffen haben, die ihre Existenz betreffen, an denen sie nicht mitwirken konnten. Es braucht also ein neues Verständnis des Verhältnisses von national verstandener kollektiver Selbstbestimmung und globalen Problemlagen. Die traditionelle liberale Antwort »demokratischer Nationalstaat plus Multilateralismus« reicht nicht mehr aus. Es bedarf vielmehr starker internationaler Institutionen, die so weit wie möglich demokratisch legitimiert sind und alle Interessen berücksichtigen. Sonst zerbricht das Versprechen der Problemlösungsfähigkeit des Liberalismus und die Universalismuskrise vertieft sich.

Die Beiträge zu diesem Sonderheft unterstreichen, dass wir es mit Krisendiskursen zu tun haben, die sich in den vergangenen drei Jahrzehnten herauskristallisiert und verschärft haben. Eine glaubwürdige *Verteidigung der liberalen Demokratie* kann vor diesem Hintergrund nicht mehr nur mit dem Versuch enden, bei richtungsentscheidenden Wahlen Machtgewinne offen antidemokratischer Kräfte zu verhindern. Liberale demokratische politische Akteure müssen die Krisendiskurse des Universalismus, der Ungleichheit, der Demokratie und der Ökologie aufgreifen und eine Offenheit für substanzielle Änderungen aufbringen. Ein Angriff auf die *gebrochenen Versprechen und die produktive Verarbeitung der inhärenten Spannungslinien* ist die beste Verteidigung.

50 Vgl. Gosepath 2022.

51 Vgl. auch Sandel 2020, S. 224.

Es genügt also nicht, ein paar Ergänzungen am liberalen Skript vorzunehmen. Der Veränderungsbedarf geht tiefer. Es bedarf auch der Veränderung und Fortentwicklung der zugrundeliegenden Theorie und Begrifflichkeit. In einer Selbsttransformation des liberalen Skripts dürfen dessen Errungenschaften mit Blick auf Freiheit und Gleichheit nicht hintergangen werden. Und es geht bei einer Selbsttransformation nicht nur um eine Weiterentwicklung dieser Errungenschaften, sondern auch darum, dass es sich um einen Prozess der Transformation mit liberalen Vorzeichen handelt. Eine illiberale Transformation des liberalen Skripts birgt die Gefahr, dass die Errungenschaften verloren gehen. Deswegen geht es um eine Selbsttransformation des liberalen Skripts.

Literatur

- Anderson, Benedict R. O'G. 2016 [1983]. *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London, New York: Verso.
- Archibugi, Daniele; Held, David (Hrsg.) 1995. *Cosmopolitan Democracy: An Agenda for a New World Order*. Cambridge: Polity Press.
- Bächtiger, André; Niemeyer, Simon; Neblo, Michael; Steenbergen, Marco; Steiner, Jürg 2010. »Disentangling Diversity in Deliberative Democracy: Competing Theories, Their Blind Spots and Complementarities« in *Journal of Political Philosophy*, 18, S. 32–63.
- Beisheim, Marianne; Dreher, Sabine; Walter, Gregor; Zangl, Bernhard; Zürn, Michael 1999. *Im Zeitalter der Globalisierung? Thesen und Daten zur gesellschaftlichen und politischen Denationalisierung*. Baden-Baden: Nomos.
- Bell, Daniel 1976. *The Cultural Contradictions of Capitalism*. New York: Basic Books.
- Bhambra, Gurinder 2023. *Rethinking Modernity: Postcolonialism and the Sociological Imagination*. Second edition. Cham: Springer.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang 1991. *Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Bogner, Alexander 2021. *Die Epistemisierung des Politischen*. Stuttgart: Reclam.
- Börzel, Tanja; Zürn, Michael 2021. »Contestations of the Liberal International Order: From Liberal Multilateralism to Postnational Liberalism« in *International Organization* 75, 2, S. 282–305.
- Brown, Christopher Leslie 2006. *Moral Capital: Foundations of British Abolitionism*. Chapel Hill: University of North Carolina Press.
- Celikates, Robin 2023. »Protest in der Klimakrise. Die Legitimität zivilen Ungehorsams«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2, S. 99–106.
- Conrad, Sebastian 2012. »Kolonialismus und Postkolonialismus: Schlüsselbegriffe der aktuellen Debatte«, *APuZ* 44–45, S. 7.
- Dahl, Robert 1989. *Democracy and Its Critics*. New Haven: Yale University Press.
- Deutsch, Karl W. 1972. »Entwicklungsprozeß der Nationen—Einige wiederkehrende Muster politischer und sozialer Integration« in: Karl W. Deutsch, *Nationenbildung, Nationalstaat, Integration*, Düsseldorf: Bertelsmann. S. 26–49.
- Donaldson, Sue; Kymlicka, Will 2013. *Zoopolis. Eine politische Theorie der Tierrechte*. Berlin: Suhrkamp.
- Elster, Jon 1985. *Making Sense of Marx*. 1. publ. Cambridge: Cambridge University Press.
- Elster, Jon 2000. *Ulysses Unbound: Studies in Rationality, Precommitment, and Constraints*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Fanon, Frantz 1961. *Les damnés de la terre*. Éditions Maspéro.
- Forst, Rainer 2007. *Das Recht auf Rechtfertigung: Elemente einer konstruktivistischen Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Fücks, Ralf 2017. *Freiheit verteidigen. Wie wir den Kampf um die offene Gesellschaft gewinnen*. München: Hanser.

- Fukuyama, Francis 2022. *Der Liberalismus und seine Feinde*. Hamburg: Hoffmann und Kampe.
- Gerschewski, Johannes 2021. »Explanations of Institutional Change: Reflecting on a ›Missing Diagonal‹«, in: *American Political Science Review*, 115,1, S. 218–233.
- Gosepath, Stefan 2022. »What, if anything, is wrong with bequest?« in: Thomas Gutmann, Daniel Halliday, Hans-Christoph Schmidt am Busch (Hrsg.): *Inheritance and the Right to Bequeath: Legal and Philosophical Perspectives*, London: Routledge. S. 15–35.
- Gosepath, Stefan; Zürn, Michael 2024. »Anfechtungen und Selbsttransformation des liberalen Skripts«, in: Mahmoud Bassiouni, Eva Buddeberg, Mattias Iser, Anja Karnein und Martin Saar (Hrsg.), *Die Macht der Rechtfertigung. Perspektiven einer kritischen Theorie der Gerechtigkeit*, Berlin, Suhrkamp. S. 300–334.
- Hale, Thomas; Koenig-Archibugi, Mathias 2019. »Could Global Democracy Satisfy Diverse Policy Values? An Empirical Analysis.« in: *The Journal of Politics*, 81,1, S. 112–26.
- Herzog, Lisa; Honneth, Axel (Hrsg.) 2014. *Der Wert des Marktes. Ein ökonomisch-philosophischer Diskurs vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Berlin: Suhrkamp.
- Hobsbawm, Eric 1987. *The Age of Empire: 1875 – 1914*. London: Weidenfeld and Nicolson.
- Kerner, Ina 2024. »Considering the Coloniality of the Liberal Script«, in: Tanja Börzel, Johannes Gerschewski, Michael Zürn (Hrsg.), *The Liberal Script at the Beginning of the 21st Century*, Oxford University Press.
- Ladwig, Bernd 2020. *Politische Philosophie der Tierrechte*. Berlin: Suhrkamp.
- Lafont, Cristina 2015. »Deliberation, Participation, and Democratic Legitimacy: Should Deliberative Mini-Publics Shape Public Policy?«, in: *Journal of Political Philosophy* 23,1, S. 40–63.
- Latour, Bruno 2020. *Kampf um Gaia. Acht Vorträge über das neue Klimaregime*. Berlin: Suhrkamp.
- Lepenies, Philipp 2022. *Verbot und Verzicht. Politik aus dem Geiste des Unterlassens*. Berlin: Suhrkamp.
- MacCallum, Gerald 1991 [1967]. *Negative and Positive Freedom*, in: Miller, David (Hg.): *Liberty*. Oxford: Oxford University Press. S. 100–122.
- Manow, Philip 2020. *(Ent-)Demokratisierung der Demokratie*. Berlin: Suhrkamp.
- Milanović, Branko 2016. *Global Inequality: A New Approach for the Age of Globalization*. Cambridge, Massachusetts; London, England: The Belknap Press of Harvard University Press.
- Nida-Rümelin, Julian; Greger Timo; Oldenbourg, Andreas (Hrsg.) 2024. *Normative Konstitutionen der Demokratie*, Berlin: De Gruyter.
- Przeworski, Adam 2020. *Krisen der Demokratie*. Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas 2017. *Die Gesellschaft der Singularitäten*. Berlin: Suhrkamp.
- Sandel, Michael 2020. *The Tyranny of Merit. What's Become of the Common Good?* New York: Farrar, Straus and Giroux.
- Sandel, Michael 2023. *Das Unbehagen in der Demokratie: was die ungezügelten Märkte aus unserer Gesellschaft gemacht haben. Eine Neuauflage für unsere gefährvollen Zeiten*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Schäfer, Armin; Zürn, Michael 2021. *Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Schidel, Regina 2023. *Relationalität der Menschenwürde. Zum gerechtigkeits-theoretischen Status von Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen*. Frankfurt / New York: Campus.
- Schweller, Randall 2011. »Emerging Powers in an Age of Disorder« in: *Global Governance: A Review of Multilateralism and International Organizations*, 17,3, S. 285–297.
- Shilliam, Robbie 2021. *Decolonizing Politics. An Introduction*. New York: J. Wiley & Sons.
- Shklar, Judith N. 1989. »The Liberalism of Fear« in: Rosenblum, Nancy L. (ed.): *Liberalism and the Moral Life*, Cambridge, MA: Harvard University Press. S. 21–38.
- Singer, Peter 1984. *Praktische Ethik*. Stuttgart: Reclam.
- Spivak, Gayatri Chakravorty 1988. »Can the Subaltern Speak?«, in: Cary Nelson/Lawrence Grossberg (Hrsg.): *Marxism and the Interpretation of Culture*, University of Illinois Press: Urbana, S. 271–313.
- Stephen, Matthew; Zürn, Michael (Hrsg.) 2019. *Contested World Orders. Rising Powers, Non-Governmental Organizations, and the Politics of Authority Beyond the Nation-State*. Oxford/New York, NY: Oxford University Press.

- Stichweh, Rudolf 2020. »Unablässige Prozesse.«, in *Forschung & Lehre*, 27,4, S. 298–300.
- Wesche, Tilo 2023. *Die Rechte der Natur. Vom nachhaltigen Eigentum*. Berlin: Suhrkamp.
- Wiener, Antje 2014. *A Theory of Contestation*. Heidelberg: Springer.
- Zhao, Tingyang 2019. *Alles unter dem Himmel. Vergangenheit und Zukunft der Weltordnung*. Berlin: Suhrkamp.
- Zürn, Michael 2016) »Survey Article: Four Models of a Global Order with Cosmopolitan Intent: An Empirical Assessment«, in *Journal of Political Philosophy*, 24,1, S. 88–119.
- Zürn, Michael 1998. *Regieren jenseits des Nationalstaats. Globalisierung und Denationalisierung als Chance*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Zürn, Michael 2018. *A Theory of Global Governance: Authority, Legitimacy, and Contestation*. Oxford: Oxford University Press.
- Zürn, Michael 2022. »How Non-Majoritarian Institutions Make Silent Majorities Vocal. A Political Explanation of Authoritarian Populism«, in *Perspectives on Politics* 20,3, S. 788–807.
- Zürn, Michael 2024. »Reflections on Endogenous Crises Explanations in a World of Liberal Orders« in *Global Studies Quarterly*, 4,2, ksae027, <https://doi.org/10.1093/isagsq/ksae027>.
- Zürn, Michael; Fernández, Nieves; Röllicke, Lena; Weckemann, Maximilian; Schmotz, Alexander; Gosepath, Stefan 2024. *Towards a Typology of Contestations: Four Clusters of Contestants*, SCRIPTS Working Paper No. 44, Berlin: Cluster of Excellence 2055 »Contestations of the Liberal Script – SCRIPTS«.

Zusammenfassung: Die Beiträge zu diesem Leviathan-Sonderband legen den Schluss nahe, dass die Anfechtungen und Krisen des liberalen Skripts überwiegend auf endogene Ursachen zurückzuführen sind. Diese können abschließend in vier Krisendiskursen zusammengefasst werden: Krise des Universalismus, Krise der Gleichheit, einer Krise der Demokratie und einer ökologischen Krise. Diese Krisen sind durch Institutionen des liberalen Skripts mitverursacht, jedoch diesem nicht zwingend strukturell eingeschrieben. Die politischen Institutionen des liberalen Skripts sind nicht im leeren Raum entstanden, sondern konkurrieren mit bestehenden gesellschaftlichen Machtstrukturen. Diese Institutionen müssen jedoch eine substanzielle Selbsttransformation vornehmen. Es muss mehr Platz für die konstitutive demokratische Kritik am liberalen Skript geben, das liberale Fortschrittsversprechen an die ökologische Krise anpasst und starke demokratisch legitimierte internationale Institutionen geschaffen werden.

Stichworte: Liberales Skript, Endogenität, Selbsttransformation, Krisentheorie, Demokratie, Liberalismus

The necessary self-transformation of the liberal script

Summary: The contributions to this Leviathan Sonderband suggest that the contestations and crises of the liberal script are predominantly due to endogenous causes. In conclusion, these can be summarized in four crisis discourses: Crisis of Universalism, Crisis of Equality, a Crisis of Democracy, and an Ecological Crisis. These crises are partly caused by institutions of the liberal script but are not necessarily structurally inscribed in it. The political institutions of the liberal script did not emerge in a vacuum but compete with existing social power structures. However, these institutions must undergo a substantial self-transformation. There must be more room for the constitutive democratic critique of the liberal script, the liberal promise of progress must be adapted to the ecological crisis and strong, democratically legitimized international institutions must be created.

Keywords: liberal script, endogeneity, self-transformation, crisis theory, democracy, liberalism

Autoren:

Prof. Dr. Michael Zürn
Direktor der Abteilung Global Governance
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
Reichpietschufer 50
10785 Berlin
michael.zuern@wzb.eu

Fritjof Stiller
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
Reichpietschufer 50
10785 Berlin
fritjof.stiller@fu-berlin.de